

Verfahrensvermerke

Der Rat der Mittelstadt Völklingen hat am 30.08.2012 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Nordband" VII/72 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Umweltbericht beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Beschluss wurde am 19.09.2012 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Die nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 05.09.2012 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt.

Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung, Textteil und der Begründung hat in der Zeit vom 28.09.2012 bis einschließlich 29.10.2012 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und dass nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können, am 19.09.2012 ortsüblich bekannt gemacht.

Die nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 05.09.2012 von der Auslegung benachrichtigt.

Die im Rahmen der Behördenbeteiligung und der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wurden vom Rat der Mittelstadt Völklingen am 29.11.2012 in die Abwägung eingestellt.

Der Rat der Mittelstadt Völklingen hat am 29.11.2012 den Bebauungsplan "Nordband" VII/72 als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan "Nordband" VII/72 besteht aus der Planzeichnung und dem Textteil sowie der Begründung.

Völklingen, den 30.01.2012

Der Oberbürgermeister

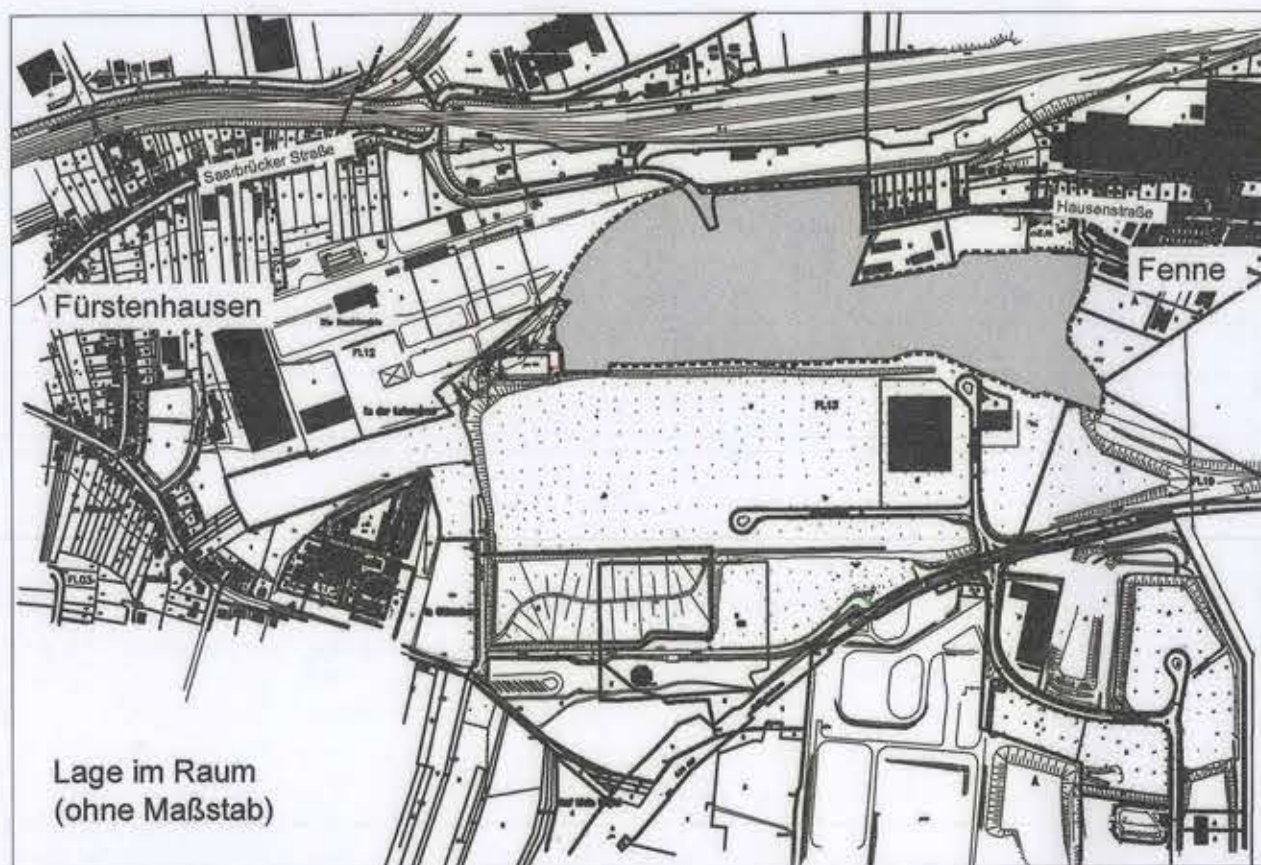
Der Satzungsbeschluss wurde am 16.01.2013 ortsüblich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan "Nordband" VII/72, bestehend aus der Planzeichnung und dem Textteil sowie der Begründung, in Kraft. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen worden.

Die Satzung des Bebauungsplanes VII/72 "Nordband" wird hiermit ausgefertigt.

Völklingen, den 17.01.2013

Der Oberbürgermeister

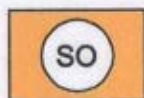
Mittelstadt Völklingen BEBAUUNGSPLAN NORDBAND Nr. VII/72



Lage im Raum
(ohne Maßstab)

Stand:
Satzung gemäß § 10 i.V.m. § 13a BauGB

Legende



Sonstiges Sondergebiet
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB u. § 11 Abs. 2 BauNVO)



Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB u. § 23 BauNVO)



Straßenverkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)



Leitungen, oberirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)



Leitungen, unterirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)



Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)



Maßnahmenfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)



Fläche zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen
Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§ 9 Abs. 7 BauGB)



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntm. v. 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zul. geänd. d. Art. 1 Nr. 1 G. v. 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509 (Nr. 39))

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d. Bekanntm. der Neuf. v. 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132), zul. geänd. d. Art. 3 G. vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

Planzeichenverordnung (PlanzV) i.d.F. v. 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zul. geänd. d. Art. 2 G. v. 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509 (Nr. 39))

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) neugef. d. G. v. 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zul. geänd. d. Art. 5 d. G. v. 06.02.2012 (BGBl. I S. 148)

Wasserhaushaltsgesetz (WHG), neugef. d. Bekanntm. v. 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zul. geänd. d. Art. 12 G. v. 11.08.2010 (BGBl. I S. 1163, 1168f)

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), neugef. d. Bekanntm. v. 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zul. geänd. d. Art. 2 G. v. 27.06.2012 (BGBl. I S. 1421)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), neugef. d. Bekanntm. v. 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), zul. geänd. d. Art. 5 Abs. 15 d. G. v. 24.02.2012 (BGBl. I S. 212)

Bauordnung für das Saarland (LBO), Art. 1 G. zur Neuordnung d. Saarl. Bauordnungs- u. Berufsrechts v. 18.12.2004 (Amtsbl. S. 2606), geänd. d. G. v. 19.05.2004 (Amtsbl. S. 1498), zul. geänd. d. Art. 1 G. Nr. 1715 v. 16.06.2010 (Amtsbl. S. 1312)

Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG) i.d.F. v. 05.04.2006 (Amtsbl. S. 726), zul. geänd. d. Art. 3 G. v. 28.10.2008 (Amtsbl. 2009 S. 3)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarlUVPG) i.d.F. v. 30.10.2002 (Amtsbl. S. 2494), zul. geänd. d. Art. 1 i.V.m. Art. 5 G. Nr. 1661 zur Einführung einer strateg. Umweltprüfung u. zur Umsetzung d. SUP-Richtlinie im Saarland v. 28.10.2008 (Amtsbl. 2009 S. 3)

§ 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) i.d. Neuf. v. 27.06.1997 (Amtsbl. v. 01.08.1997), zul. geänd. d. G. v. 11.02.2009 (Amtsbl. S.1700)

Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG) v. 19.05.2004 (Amtsbl. S. 1498), geänd. d. G. v. 15.02.2006 (Amtsbl. S. 474,530), zul. geänd. d. Art. 2 i.V.m. Art. 3 G. Nr. 1688 zur Änd. G. über Zuständigkeiten nach der Energieeinsparverordnung u. zur Änd. d. saarl. Denkmalschutzgesetzes v. 17.06.2009 (Amtsbl. S. 1374)

Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), i.d.F.v. 18.11.2012 (Amtsbl. S. 2599); Geltungsbeginn 24.12.2010, Geltungsende 31.12.2020

Teil B: Textliche Festsetzungen

I. FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 1 BauGB und BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO

1.1 Sonstiges Sondergebiet

Im Bebauungsplan wird ein Sonstiges Sondergebiet "Photovoltaikfreiflächenanlage" gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.

Zulässig ist die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Solarenergie sowie aller dazu gehörenden Nebenanlagen und Erschließungsanlagen.

2. Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

2.1 Grundfläche

Gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. §§ 17, 19 BauNVO wird für die Baugebiete eine maximale Grundfläche (GR) von 55.000 qm festgesetzt.

2.2 Höhe baulicher Anlagen

Die maximal zulässige Höhe für bauliche Anlagen beträgt 4 m bezogen auf die fertige Geländeoberkante. Einzelne Anlagenteile (Nebenanlagen) dürfen bis zu einer Höhe von 6 m errichtet werden. Eine Unterkellerung baulicher Anlagen ist unzulässig.

2.3 Bauweise

Gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO wird eine abweichende Bauweise festgesetzt, die dadurch definiert wird, dass Anlagen eine Länge von 50 m überschreiten und unterschreiten dürfen.

2.4 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen bestimmt. Ein Vortreten von einzelnen Anlagenteilen in geringfügigem Ausmaß ist zulässig.

3. Verkehrsflächen gem. § 9 Abs 1 Nr. 11 BauGB

Im Bebauungsplan werden öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt.

4. Ver- und Entsorgung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB

Die innerhalb des Geltungsbereiches vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen werden im Bebauungsplan als unterirdische und oberirdische Leitungstrassen festgesetzt.

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Niederschlagswasser, das nicht versickert, ist im Bereich eines offenen Grabensystems abzuleiten und dem Vorfluter (RRB) zuzuführen.

5. Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 werden öffentliche Grünflächen festgesetzt. Die Führung von Leitungen zur Ver- und Entsorgung des Gebietes ist innerhalb der Grünflächen zulässig. Anlagewege und Fußwege zur fußläufigen Erschließung sowie Wartungswege zulässig.

6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Im Bebauungsplan wird festgesetzt:

- M1:** Im Bereich der als Maßnahmenflächen M1 festgesetzten Böschungen sind im Zuge der Sukzession die vorhandenen Gehölzstrukturen zu einer dichten natur- naher Gehölz- und Strauchbestand in Form einer intensiven, höhengeschichteten Bepflanzung aus Hochstämmen, Feldgehölzen, Heistern und niedrigwüchsigen Sträuchern zu entwickeln. Die ergänzende Pflanzung von bis zu 50 % immergrünen Heistern und Feldgehölzen sowie Koniferen ist zulässig. Vorzugsweise sind immergrüne heimische Gehölze wie Liguster, Stechpalme, Eiben, u.ä. zu verwenden.
- M2:** Im Bereich der als Maßnahmenflächen M2 festgesetzten Flächen ist im Zuge der Sukzession eine dichte naturnahe Saumstruktur in Form einer intensiven, höhengeschichteten Bepflanzung aus Feldgehölzen, Heistern und niedrigwüchsigen Sträuchern zu entwickeln, die eine Höhe von 4 - 6 m nicht überschreiten soll. Die ergänzende Pflanzung von bis zu 50 % immergrünen Heistern und Feldgehölzen sowie Koniferen ist zulässig. Vorzugsweise sind immergrüne heimische Gehölze wie Liguster, Stechpalme, Eiben, u.ä. zu verwenden. Ein Rückschnitt der Gehölzstrukturen zur Vermeidung einer Verschattung der Photovoltaikanlagen ist zulässig.
- M3:** Die Gehölzstrukturen innerhalb der Fläche M3 werden dahingehend umgewandelt, dass höher wachsende Bäume, wie Robinien, Birken, Eichen, usw. entfernt werden und niedrig wachsende Arten, wie Hasel, Weißdorn und Schlehe gefördert werden. Kleinstgewässer (temporär Wasser führende Gräben / Mulden) und mosaikartig eingelagerte Hochstaudenbereiche sind in den Flächen M1 bis 3 zulässig. Ziel ist es, eine Heckenstruktur zu entwickeln, die aus einem Mosaik aus blühenden und Frucht tragenden Straucharten und eingelagerten artenreichen Hochstauden-/Saumbereichen besteht und aufgrund ihrer Höhenstaffelung und Dichte zum Immissionsschutz für die weiter nördlich gelegene Bebauung beiträgt.
- M4:** Als Maßnahme M4 (nicht verortet) wird ferner festgesetzt, dass der die Anlage umgebende Zaun so anzulegen ist, dass er für Kleinsäuger durchlässig ist (Maschenbreite, Bodenabstand mind. 10-15 cm).
- M5:** (keine Verortung) Bezüglich der Oberflächengestaltung im Bereich des Sondergebietes wird festgesetzt, dass die Flächen der Sukzession überlassen werden. Pflegemaßnahmen zum Schutz der Anlagen sind zulässig.
- M6:** Darüber hinaus sind innerhalb des gesamten Gebiets Steinhäufen und Holzhäufen als Kleinstrukturen für Eidechsen anzulegen.

Rodungen sind nur im notwendigen Umfang und in der Zeit vom 01. Oktober bis zum 28. Februar durchzuführen. Ausgenommen hiervon sind Rückschnittmaßnahmen im Bereich der Maßnahmenflächen und Maßnahmen der Verkehrssicherung. Sollten darüber hinaus und außerhalb der o.g. Zeitspanne Rodungen erforderlich sein, so ist durch vorherige Kontrolle der Gehölzbestände sicherzustellen, dass keine Artenschutzrechtlichen Belange berührt sind.

7. Immissionsschutz

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB wird festgesetzt, dass vor der Errichtung der Panels innerhalb des Sondergebietes auf Basis eines Belegungsplanes gutachterlich nachzuweisen ist, dass eine Blendwirkung auf benachbarte Siedlungsbereiche ausgeschlossen wird.

8. Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB werden die im Norden des Plangebietes vorhandenen Gehölzstrukturen als zu erhalten festgesetzt. Anlage-/Fußwege sind zulässig.

II. FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 7 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches, siehe Plan

III. HINWEISE

Auf die Anzeigefrist und das befristete Veränderungsverbot bei Bodenfunden gemäß § 12 SDschG wird hingewiesen.

Auf das Prinzip des barrierefreien Bauens wird hingewiesen.

Die Deutsche Bahn AG weist darauf hin, dass im Zuge der Realisierung sicherzustellen ist, dass jegliche Signalverwechslung und Blendwirkung des Bahnbetriebes ausgeschlossen sind.

Die energis GmbH weist darauf hin, dass eine Bebauung innerhalb des Schutzstreifens (beiderseits 4m) nur eingeschränkt möglich ist und Baumaßnahmen in der Nähe von Einrichtungen der energis GmbH vor Baubeginn abzustimmen sind.

Der Kampfmittelbeseitigungsdienst weist darauf hin, dass innerhalb des Geltungsbereiches Munitionsgefahren nicht auszuschließen sind und empfiehlt eine vorsorgliche Überprüfung vor geplanten Erdarbeiten.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr weist auf die Abstandsflächen / Bauverbotszonen gemäß saarl. Straßengesetz hin.

Das Oberbergamt des Saarlandes weist darauf hin, dass die Maßnahme im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession liegt. Es wird empfohlen, bei Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und diese ggf. mitzuteilen.

Die Stadtwerke Völklingen Netz GmbH weist darauf hin, dass sie als örtlicher Netzbetreiber mit techn. Informationen bzw. mit den Netzanschlusspunkten befasst sind. Diesbezüglich sollten rechtzeitig vor Baubeginn die Netzanschlusspunkte abgestimmt werden. Eine Überbauung von Versorgungsanlagen ist nicht zulässig und der Zugang zu diesen muss jederzeit möglich sein.

Die Saarbrücker Stadtwerke weisen darauf hin, dass sich im Geltungsbereich Kabel befinden die z.Z. außer Betrieb sind. Diese sind zu schützen.